

Vergesst die großen Weltrettungen, denn sie haben sich längst in unendlich wuchernde Baustellen verwandelt, in denen mehr abgerissen als aufgebaut wird.

Die wirklichen Herausforderungen Deutschlands liegen woanders.

(Doppelessay, November 2021)

Der Ernst der Lage

Von Gerd Held

Auf der Konferenz der „G20“ in Rom und dann, wenige Tage später, auf der „Klimakonferenz“ in Glasgow wurde immer wieder ein Begriff beschworen: die „neue Weltordnung“ – als wäre dieser Begriff nicht durch zwei Weltkriege und durch zwei Totalitarismen schwer belastet. Als Abkehr von einer pluralistischen Welt moderner Nationen führte er in eine Periode weltgeschichtlicher Tragödien und Verbrechen. Und nun sind wir offenbar, nach einer zeitweiligen Rehabilitation der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Moderne, wieder zurückgeworfen auf die Suche nach der einen Weltordnung für alle. Aber diesmal trägt dies Programm eher die Züge einer Farce. Einer sehr zerstörerischen Farce, aber doch letztlich einer völlig selbstbezogenen, eitlen Schauveranstaltung. Schon jetzt ist absehbar, dass es nirgendwo eine weltdurchgreifende Kraft gibt, die mit der Ordnung Ernst machen wollte und könnte. Die Darsteller auf der Bühne sind mit großem Aufwand bemüht, diese Wahrheit zu verbergen (auch vor sich selber), doch die große Erzählung von der Weltrettung ist nun schon so oft wiederholt worden, dass sie allmählich abgedroschen klingt. Ein beträchtlicher Teil des Publikums hört gar nicht mehr richtig hin.

Was reden sie da eigentlich?

Auch in Rom und Glasgow wurde wieder die Weltuntergangsglocke geläutet: „Es ist eine Minute vor Zwölf“, hieß es, und mit „Zwölf“ war ein Punkt gemeint, an dem das Weltklima in eine terminale Krise eintreten würde. Aber dann ließ sich nicht verheimlichen, dass von den Ländern, die heute steigende CO₂-Emissionen haben, keinerlei Rechtspflicht für begrenzende Maßnahme anerkannt wird - allen voran von China als dem größten Emittenten der Gegenwart. Diese Länder bekennen sich zwar verbal zum 2 Prozent-Ziel oder sogar zum 1,5 Prozent-Ziel, aber das kostet sie nichts, denn sie haben diese Ziele von vornherein unter Vorbehalt gestellt: Sie beharren darauf, dass sie ein Recht auf Entwicklung haben, und so steht es auch in den Pariser Protokollen. China hat schon offen erklärt, dass sich seine CO₂-Emissionen in den nächsten Jahren weiter erhöhen werden. Was ist das eigentlich für ein „völkerrechtlicher Vertrag“, der für die einen rechtsverbindliche Ziele vorschreibt und den anderen nur ein Bemüht-Sein aufgibt, das ihnen alle Handlungsmöglichkeiten offenlässt? Es ist **ein Knebelvertrag**, in dessen Namen in vielen westlichen Ländern nun ganze Industrien demontiert werden und die Tragfähigkeit des gesamten Verkehrs- und Siedlungssystems radikal gesenkt wird. Die globalen Klimaabkommen erinnern in mancher Hinsicht an extreme Reparationsverträge nach großen Kriegen (siehe „Versailles“), mit denen die besiegten Länder ruiniert wurden. Hier nun besiegt und ruiniert sich der Westen selbst. Dabei ist in der Summe schon jetzt klar, dass mit den Abkommen eine weitere Erhöhung der CO₂-Emissionen im Weltmaßstab festgeschrieben wurde. Europa und die USA hätten eben eine „Vorbildfunktion“, verkündet Frau von der Leyen, und erklärt die Weltrettung damit zu einem

pädagogischen Vorgang - der gar nicht als Veränderung der materiellen Wirklichkeit gemeint ist. Die Weltrettung ist also ein Versteckspiel, eine Maskerade, eine Farce. „Es wird ein langer, schwieriger Prozess“, hört man von der Bundesregierung. Und das alles „eine Minute vor Zwölf“...?!

Ernst und Leichtsinn im 21. Jahrhundert

Wer glaubt eigentlich im Ernst, dass wir - selbst bei Erreichen einer „Neutralität“ bei den CO₂-Emissionen – ein anderes Klima mit weniger „Ereignissen“ bekommen? Viel plausibler ist die Annahme, dass wir im gesamten 21. Jahrhundert mit einer Zunahme der CO₂ Emissionen (vielleicht etwas gebremst) rechnen müssen. Dahinter steht vor allem eine ganz grundlegende Tatsache: **die Zunahme der Weltbevölkerung**. Diese Weltbevölkerung ohne ein Massensterben durch dies Jahrhundert zu bringen (und zugleich ihr Wachstum einzuhegen) – das ist die Aufgabe, ohne deren Lösung redlicherweise kein Großexperiment mit der Welt veranstaltet werden kann und darf. Insofern steht hinter der Weigerung von Entwicklungs- und Schwellenländern, einen verbindlichen Beitrag zur CO₂-Emissions-Senkung zu leisten, eine sehr reale Notwendigkeit. Aber die Einhegung des Bevölkerungswachstums ist auch eine Bringschuld dieser Länder, die niemand ihnen abnehmen kann. Schon gar nicht durch Öffnung der eigenen Grenzen für einen Massenexodus aus den überbevölkerten Ländern. Aber das Bevölkerungsthema ist das große Tabuthema der Klimaretter. Man kann sie mit Fug und Recht Bevölkerungsleugner nennen.

So zeigt die „Klimakrise“, mit deren Ausrufung die Politik für sich einen ganz neuen globalen Ernst beansprucht, das genaue Gegenteil: Sie zeigt einen fundamentalen Leichtsinn. Es regiert eine wachsende Unfähigkeit und Unwilligkeit, sich praktisch mit den Schwierigkeiten und Widerständen der wirklichen Welt auseinanderzusetzen. So ist das Politische zu einer Sphäre geworden, in der Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinanderklaffen wie nie zuvor in der neuzeitlichen Geschichte. Und es sind nicht allein „Politiker“ im engeren Sinn, die diese sach- und weltferne Blase gebildet haben. Auch das Wirtschaftsleben, die Wissenschaft, das Bildungswesen und das kulturelle Leben wurden in diesem Sinn „politisiert“. Das Doppelspiel zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist zu einem gesellschaftlichen Phänomen geworden. Und Deutschland ist unseligerweise ganz vorne dabei.

Was das deutsche Tabu der Kernenergie verrät

In Deutschland (aus Anlass des Fukushima-Unglücks in Japan) die Stilllegung aller Kernkraftwerke beschlossen. Damit wurde eine Technologie mit einem großen Anlagekapital brachgelegt, die fast ohne CO₂-Emissionen eine wind- und sonnenunabhängige Stromgewinnung ermöglicht – und damit eine stabile Grundlast-Versorgung. Wenn also die Dringlichkeit der CO₂-Neutralität so groß ist, dann wäre die Kernenergie ebenso dringlich, um die Wechselhaftigkeit der „naturnahen“ Stromgewinnung auszugleichen. Die Entwicklung des deutschen CO₂-Ausstoßes zeigt, wie dringend die Kernenergie gebraucht wird, damit nicht in der Grundlast-Versorgung nicht auf fossile Brennstoffe ausgewichen werden muss. Dass trotzdem der Stilllegungsbeschluss nicht revidiert wird, zeigt, dass die Akteure die eigene Erzählung vom Kippen des Weltklimas gar nicht ernst nehmen.

Es gibt nicht einmal einen politischen Streit darüber. Hören wir an dieser Stelle Friedrich Merz (CDU). Er spricht ganz richtig von einer „falschen Reihenfolge“ in der Energiewende, weil man nicht zuerst die emissionsstarken Kohle-Kraftwerke stillgelegt habe, sondern die Kernkraftwerke. Aber tritt er nun für eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten ein? Nein, er sagt, es sei in Deutschland nun mal „gesellschaftlicher Konsens“, aus der Kernkraft auszuweichen, und daran wolle er nicht rütteln. Und die Politik insgesamt solle das nicht tun.

Kann man die Krise der Politik in diesem Land deutlicher zum Ausdruck bringen? Da gibt es eine Einsicht in das, was sachlich eigentlich geboten ist. Doch die Politik opfert diese Sache zu Gunsten eines „gesellschaftlichen Konsensus“. Aber ist es nicht die Aufgabe der Politik, im Namen einer Einsicht, die sie aus der Weitsicht für das Land hat, einen als falsch erkannten Konsens aufzubrechen? Ist das nicht ein Grundgebot politischer Redlichkeit? Wozu brauchen wir überhaupt noch Politiker, wenn sie bloß das sagen, was eh schon alle sagen? Und wie tief muss die Politik in Deutschland gesunken sein, wenn selbst jemand, der als Vertreter liberal-konservativer Bürgerlichkeit gilt, auf diese Weise der Gesellschaft den Vorzug vor der Sache gibt?

Keine Rechenschaft über die Lage der Nation

Eine parlamentarische Demokratie ist ohne Vorrang für die Sachprobleme gar nicht denkbar. Nur mit einem **Primat der Sache** haben die Debatte und die Beschlussfassung in einem Parlament einen grundlegenden Wert für das gesamte Staatswesen. Die offene Erörterung der Sachprobleme und der Alternativen bei der Lösung sind das Schlüsselement bei der Entscheidungsfindung. Und allein über die Sache können die Bürger sehen, dass bei den Wahlen zum Parlament wirklich etwas auf dem Spiel steht. Dass es nicht nur um eine „Bürgerbeteiligung“ geht - bei etwas, das sowieso schon feststeht. Doch bei den Wahlen des Jahres 2021, die angeblich besonders „schicksalhaft“ sein sollten, ist genau dieser Eindruck erweckt worden. Der Eindruck, dass die wesentlichen Sachfragen schon beantwortet sind – durch die Regierenden (die Exekutive) und ihre Experten (als Vertreter der wissenschaftlich erwiesenen Wahrheit) und durch die Medien (die schon ein fertiges Meinungsspektrum mit Gut und Böse lieferten, bevor das wählende Volk überhaupt gesprochen hatte). So kamen echte politische Entscheidungsfragen für Deutschland im Wahlkampf gar nicht mehr vor. Insbesondere nicht so, dass die Bürger sie mit ihren Erfahrungen verbinden konnten. Mit den steigenden Kosten der Lebenshaltung; den Unsicherheiten in der Energieversorgung; den Nachwuchssorgen in der Arbeits- und Unternehmenswelt; den Lücken im Bildungs-, Gesundheits- und Pflegesystem; dem zunehmend schwieriger Lebensalltag in Großstädten und in ländlichen Räumen. Auch die Unhaltbarkeit einiger außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Positionen Deutschlands kam nicht vor. Das alles wurde im Namen angeblich höherer „Menschheitsfragen“, die eigentlich gar keine Fragen waren, sondern moralische Postulate, weggewischt. So ging es nicht mehr um Entscheidungen, sondern um Appellworte wie „Aufbruch“, „Zukunft“ oder „Haltung“ - ohne Rücksicht auf die Errungenschaften der Vergangenheit, und ohne Rücksicht auf die unmittelbare Gegenwart. Mit einem Wort: Ohne Rücksicht auf die Lage der Nation.

Entscheidungen, deren Folgen erst allmählich spürbar werden

Das Jahr 2021 hätte Anlass geben können, über die Entscheidungen der Vergangenheit Rechenschaft abzulegen – zum einen, weil in Deutschland eine langjährige Kanzlerschaft zu Ende geht, zum anderen aber auch, weil sich in vielen Ländern ganz unabhängig von den regierenden Parteien und Personen zeigt, dass große Entscheidungen der ersten beiden Jahrzehnte dieses Jahrhunderts leichtsinnig waren und die Probleme nur verschoben, statt sie zu lösen. So wurde die Schuldenkrise nie durch neue realwirtschaftliche Produktivität oder durch neue Sparsamkeit gelöst, sondern durch künstliche Geldvermehrung. Die Migrationskrise wurde nicht dadurch gelöst, dass in Deutschland und EU-Europa das Hoheitsrecht auf Zurückweisung an der Grenze wiederhergestellt wurde, sondern man vereinbarte „Deals“ mit fremden Mächten oder überließ harte Maßnahme einzelnen Randländern der EU. In der Klimakrise erweist sich das leichtsinnige „Abschalten ohne Ersatz“ durch die deutsche „Energiewende“ nun als schwere Belastung. In der Außenpolitik erweisen sich die weltweiten Mis-

sionen, militärisch und humanitär, als unhaltbar (zuletzt Afghanistan), in der Außenwirtschaft erweist sich der „Ausweg China“ als Sackgasse. In der Auseinandersetzung mit der Covid19-Pandemie kann der Ausnahmezustand kein Ende finden, weil man leichtfertig einen „Sieg über das Virus“ in Aussicht stellte, statt einen Normalzustand mit fortbestehendem Restrisiko zu akzeptieren.

Die täuschende Leichtigkeit der Lösungsmittel

Es ist überall das gleiche Schema: Weil man zu sehr an leichte Lösungen glaubte, visierte man zu perfekte, zu konflikt- und schmerzfreie Lösungen an. Und man visierte auch gleich Gesamtlösungen für den ganzen Planeten an. Man kann es noch konkreter sagen: Die leichten Lösungen erschienen deshalb greifbar, weil scheinbar leichte Lösungsmittel zur Verfügung standen. Das ist ganz offensichtlich im Fall der Politik des billigen Geldes durch künstliche Geldvermehrung. Dies Mittel erweckt den Eindruck, man könne sich die Mühen einer Kapitalbildung durch realwirtschaftliche Wertschöpfung ersparen. Chronische Defizite und immense Schulden könnten folgenlos toleriert werden. Und noch ein zweites leichtes Lösungsmittel muss hier genannt werden: Die Digitalisierung und das „World Wide Web“ versprachen eine neue Reichweite der Kommunikation, und zugleich eine neue Autorität und Verbindlichkeit ihrer „Wahrheiten“. Der Glaube an diese beiden leichten Lösungsmittel hat die ersten beiden Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts geprägt. Sie bilden den Grundstoff, aus dem die globalen Projekte, die industriellen „Revolutionen“, das „Nation building“ durch Intervention von außen, der „große Neustart“ der ganzen Weltgeschichte gezimmert wurde. So ist der unglaubliche Leichtsinns und die geradezu irrsinnige Rücksichtslosigkeit gegenüber allen Errungenschaften der Moderne zu begreifen, die diese Jahrzehnte geprägt haben.

Die ersten zwei Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts (I)

Es greift daher viel zu kurz, wenn man nur sagt. In Deutschland geht die Ära Merkel zu Ende, und damit sind nun alle Möglichkeiten für eine Änderung gegeben. In Wirklichkeit ist der Leichtsinns der Anfangsjahrzehnte des 21. Jahrhunderts eine viel allgemeinere Erscheinung, zumindest in westlichen Ländern. Eine Krise des bürgerlichen Sach- und Weltbezugs gibt es in verschiedenen Varianten – in Frankreich, in Italien, in Spanien und natürlich auch in den USA. Von der langjährigen Kanzlerschaft Merkels lässt sich sagen, dass sie es sehr geschickt verstanden hat, auf der Tastatur des Leichtsinns dieser Jahrzehnte zu spielen und dabei noch den Eindruck von Nüchternheit zu erwecken.

Die ersten zwei Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts (II)

Wenn man sich so die Zeit, in der wir leben, klarmacht, kann man auch von ihr Abstand gewinnen. Ja, es sind Jahrzehnte, aber man muss sich nicht einreden lassen, dass damit schon die Ära der Moderne und der bürgerlichen Welt erledigt ist. Dann würde man ja der wohlfeilen Erzählung von einer „ganz neuen Welt“ folgen und ihr auf den Leim gehen. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass diese Jahrzehnte das ganze 21. Jahrhundert bestimmen werden. Es kann durchaus sein, dass dieser Spuk noch ein weiteres Jahrzehnt in Anspruch nehmen wird, aber die leichten Lösungsmittel zeigen schon so schwere Folgekosten. Das gilt für die Politik des billigen Geldes, deren Fortsetzung immer fragwürdiger wird. Und auch bei der Digitalisierung und Weltvernetzung ist eine Ernüchterung feststellbar. In beiden Fällen wird deutlich, dass sie kein Realitätsersatz sein können. Die Zahl der Probleme, die sich weder durch „billiges Geld“ noch durch immer klügere „Logarithmen und Apps“ lösen lassen, wächst. Diese Mittel befriedigen auch immer weniger unseren Hunger nach realem Leben, nach wirklich errungenem Leben. Sie machen nicht satt.

Der Ernst der Lage

Deshalb ist das dünne Süppchen, das jetzt zur Regierungsbildung angerührt wird, einfach uninteressant: das Spielchen zwischen Grünen und FDP; die „Neuaufstellung“ der CDU/CSU, die sich wieder nur um Personalfragen dreht; das Zögern des Herrn Scholz, das so gar nicht zu seinen Kanzler-Plakaten passen will – nirgends ist ein Wille erkennbar, sich mit der Lage und den begrenzten Mitteln unserer Nation zu befassen. Nicht mit dem wirklichen Ernst der Lage, den doch so viele im Lande schon spüren.



Diesseits der großen „Weltkatastrophen“ braut sich über Deutschland eine ganz andere Krise zusammen. Wirtschaft und Staat verlieren elementare Fähigkeiten, während die „gehobenen Produkte“ und die „soft power“, auf die man sich verlegt hat, in der heutigen Welt immer weniger wert sind.

(Der Ernst der Lage, Teil II)

Der Engpass, der unweigerlich kommt

Von Gerd Held

Stellen wir uns vor, nur für einen Moment, es gäbe die „planetaren“ und „terminalen“ Krisen der Erdüberhitzung, des erzwungenen Massenexodus und der unendlichen Pandemien nicht mehr. Sie hätten sich als Zerrbilder und maßlose Übertreibungen erwiesen. Und wir hätten dann die Ruhe und den freien Blick, um die Lage neu zu bewerten. Und wir müssten dann nicht pauschal die ganze Welt auf einen einzigen Nenner bringen, sondern könnten uns der spezifischen Position zuwenden, die unser Land in der Welt einnimmt. Das wäre eigentlich eine gute Sache. Wir könnten, in Kenntnis der begrenzten Möglichkeiten unseres Landes, selbstbewusster sprechen und selbstverantwortlicher handeln – und wir wären nicht von denen abhängig, die vorgeben, im Besitz des „Weltwissens“ und „Weltgewissens“ zu sein.

Aber was würden wir feststellen, wenn wir am Ende des Jahres 2021 so auf unser Land schauen und die „große Weltrettung“ einmal weglassen? Können wir redlicherweise sagen: Deutschland ist auf einem guten Weg? Nein, das können wir nicht. Denn es gibt in diesem Land – und gewiss in anderen vergleichbaren Ländern auch – einen schleichenden Prozess von zunehmenden Defiziten und Verlusten. Unser Land verliert tragende Elemente seiner Wirtschaft und seines Staatswesens. Und das geschieht ganz unabhängig von den vielbeschworenen globalen Krisen. Die „Weltrettungen“ interessieren sich nicht für die hartnäckigen Defizite und Verluste im Lande. Doch gerade hier liegt der wahre Ernst der Lage, mit dem sich unsere Nation dringend befassen muss.

Genau genommen sind es zwei Vorgänge, die diesen Ernst der Lage ausmachen. Erstens führen die Verluste dazu, dass unser Land immer einseitiger und damit krisenanfälliger wird. Die Wirtschaft spezialisiert sich auf gehobene Produkte, Produktionsschritte und Dienstleistungen, der Staat spezialisiert sich auf eine Moderatorenrolle und „soft power“. Zweitens werden die Fähigkeiten, auf die Deutschland so einseitig setzt, international immer weniger nachgefragt. Entweder werden sie von anderen Nationen (insbesondere von Schwellenländern) in Eigenregie übernommen, oder sie erweisen sich als zu teuer, zu kompliziert oder zu schwach. So führt die wirtschaftliche und staatliche Aufstellung Deutschlands, die am Ende des 20. Jahrhunderts noch relativ krisensicher war, nun in einen Engpass hinein. Das deutsche „Vorbild“ erweist sich als selbstgefälliges Trugbild und als eine zunehmend brüchige Existenzgrundlage. Und das droht nicht für eine fernere Zukunft, sondern ist eine akute Gefahr in diesem Jahrzehnt.

Die Pflegekrise reicht tiefer als die Coronakrise

Es gibt wieder einen Anstieg der Covid19-Infektionszahlen und es ist absehbar, dass sich die Zirkulation des Virus selbst bei hohen Impfquoten nicht ganz unterbinden lassen wird. Man kann dafür sorgen, dass ein wachsender Anteil der Infektionen nicht mehr zu schweren Krankheitsverläufen führt, aber für die verbliebenen schweren Verläufe braucht man ein robustes Gesundheits- und Pflegesystem mit Reservekapazitäten. Und an diesem Punkt bekommt die Coronakrise einen anderen Namen: Sie ist ganz wesentlich zu einer Pflegekrise geworden. Schon vor der Corona-Epidemie wurde in Deutschland von einem „Pflegetotstand“ gesprochen, und es war nicht gelungen, hier eine Wende herbeizuführen. Und jetzt, in der Globalsteuerung der Coronakrise bekommt der Pflegetotstand keineswegs die nötige Priorität. Man vermeidet es, das heikle Thema zu vertiefen. Zwar ist von der Überlastung der Intensivstationen die Rede, aber wird kaum erwähnt, dass dies vor allem an einem Rückgang der real verfügbaren Intensivbetten liegt – weil es schlicht an Personal fehlt. Und das nicht nur wegen der schon großen Knappheiten, sondern wegen einer neuen Verschärfung des Notstands: Es hat in diesem Jahr einen wahren Exodus von Beschäftigten aus der Intensivpflege gegeben. Anfangs wurde der Rückgang mit 1000 Intensivbetten beziffert, inzwischen ist von 5000 Betten die Rede (FAZ 18.11., S.17).

Eine grundlegende Fehlaufstellung

Der Pflegetotstand erweist auf eine grundlegende Fehlaufstellung Deutschlands. Denn er betrifft einen Arbeits- und Qualifikationsbereich, der in der herrschenden Zukunftsvision für dies Land gar nicht vorkommt. Es geht um eine harte, vielfach unangenehme und monotone Arbeit im Schichtbetrieb. Die Tätigkeiten im Pflegebereich sind ganz überwiegend auf einer einfachen, allenfalls mittleren Qualifikationsstufe angesiedelt, die aber ein hohes Maß an ständiger Sorgfalt und Aufmerksamkeit erfordern. Dies Profil will so gar nicht zu einer politischen und sozialen Ordnung passen, die über 60 Prozent eines Jahrgangs auf einen akademischen Bildungsweg bringt. Hier ist längst, durch eine völlig irrationale Konzentration von staatlichen und privaten Investitionen ein unverhältnismäßig großer Sektor „gehobener“ Tätigkeiten entstanden – und eine soziale Blase des „gehobenen Mittelstands“. So wird alle andere Arbeit und Bildung im Land entwertet und vernachlässigt. Und es ist überhaupt ein völlig aussichtsloses und sinnlose Unterfangen, ein ganzes Land in diese Richtung zu „heben“. Der vor unseren Augen stattfindende Rückzug aus dem Pflegeberuf findet trotz beträchtlicher Lohnerhöhungen statt. Mit Geld ist der strukturellen Schiefelage der deutschen Berufs- und Bildungswelt nicht beizukommen. Solange die deutsche „Mitte“ politisch, wirtschaftlich und kulturell so „akademisiert“ ist (was sie in früheren Zeiten der Bundesrepublik nicht war), wird die relative Entwertung des Pflegeberufs weitergehen. Und der Engpass, der da kommt, hat

gravierende Folgen: Er macht unsere Nation nicht nur hilflos, wenn es um Epidemien geht, sondern auch, wenn der Anteil alter Menschen immer größer wird.

Wie das Land enger gemacht wird (I)

An dieser Stelle lohnt es sich, den Blickwinkel etwas zu vergrößern. Denn die gleiche strukturelle Schieflage zeigt sich an viel mehr Stellen. In diesem bemerkenswerten Jahr 2021 gibt es Notstandsmeldungen von vielen Fronten, und sie betreffen meistens dieselbe Problemzone. Gewiss gibt es auch einen Mangel bei Ingenieurberufen, aber immer häufiger sind es Tätigkeiten von Facharbeitern und angelernten Arbeitern, die nicht mehr besetzt werden können: in Industrie und Handwerk, im Baugewerbe, im Transportgewerbe, in der Landwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Lager- und Versandarbeit, in Bringdiensten für Essen und Lebensmittel, in der Brief- und Paketzustellung, in den Sicherheitsberufen von der Feuerwehr über die Polizei bis zum Militär. Und jedes Mal bedeutet das eine Verengung und Vereinseitigung elementarer Fähigkeiten dieses Landes.

Wie das Land enger gemacht wird (II)

Und noch eine Vergrößerung des Blickwinkels ist wichtig. Zu den Fähigkeiten eines Landes gehören nicht nur die subjektiven, beruflichen Fähigkeiten der Menschen, sondern auch die Sachanlagen der Betriebe und Infrastrukturen – Maschinen, Straßen, Energie, Wasser und vieles mehr. Auch hier ist nicht alles „von Natur aus“ da, sondern muss erschlossen, konstruiert und produziert werden. Auch wenn die Sachanlagen scheinbar einfach nur so daliegen, müssen sie doch ständig erhalten und erneuert werden. Sonst fallen sie brach. In modernen Zeiten, in denen diese Sachgrundlage eines Landes gewaltige Ausmaße angenommen hat, ist die Gefahr einer allgemeinen Industriekrise groß, wenn ein Land hier gleichgültig und nachlässig wird. Dann findet auch bei diesem Sachvermögen eine Verengung des Landes statt, die kurzfristig nicht zu beheben ist.

Die Automobilkrise reicht tiefer als die Klimakrise

Tatsächlich geschieht das vor unseren Augen. Der exemplarische Fall ist das Automobil. Der Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor, und der Zwangsumstieg auf den Elektroantrieb, dessen Fahrzeuge für Menschen mit durchschnittlichem Einkommen vollkommen unerschwinglich sind, bedeutet de facto die Abschaffung des Automobils als Massenverkehrsmittel. Obendrein sind E-Mobile beim heutigen Stand der Technik im überwiegenden Teil des deutschen Siedlungssystems nicht alltagstauglich. Dabei gibt es in der Autoindustrie eigentlich keine Arbeitskrise. Die Krise besteht darin, die herkömmliche, zu vertretbaren Kosten verfügbare Automobil-Technologie und die bestehende Straßen-Infrastruktur heute in einem beträchtlichen Teil von Politik und Gesellschaft als „unerträglich“ gilt. Entsprechend wurden die Umweltnormen so erhöht, dass ihre Einhaltung de facto das Ende des automobilen Massenverkehrs bedeutet. Diejenigen, die diese „Verkehrswende“ betreiben, sind in ihrer Lebensweise in der Regel nicht unmittelbar betroffen – weil sie „gehobene“ Einkommen haben, oder weil sie in privilegierten Räumen mit kurzen Wegen oder schnellen Bahnverbindungen wohnen. Sie können – einstweilen noch – die Tatsache ignorieren, dass mit der Verkehrswende die Räume für Wohn- und Wirtschafts-Standorte erheblich reduziert werden und dies zu einem Run auf die verbleibenden Standorte führen wird - und dort zu einer massiven Teuerungswelle. Auf die Dauer wird jedoch niemand an der Tatsache vorbeikommen, dass mit dem Angriff auf den Verbrennungsmotor die Tragfähigkeit des gesamten Siedlungssystems in Deutschland radikal sinkt. Denn eine technologische Wende, die keinen Effizienzverlust bedeutet, ist für die nächsten Jahrzehnte nicht in Sicht.

Die große Wirkung kleiner Einzelnormen

Hier ließen sich eine ganze Reihe anderer Beispiele anführen, in denen ein ähnlicher Mechanismus wirkt: Es lassen sich immer Umwelt-Gesichtspunkte oder soziale Gesichtspunkte finden, die eine Erhöhung von Normen nahelegen. Dies Feld ist normativ ein unendliches Feld. Das würde sich sofort ändern, wenn man eine Gesamtbilanz aller Normen-Erhöhungen ziehen würde. Wenn man nur einmal alle Normen, die die „Verkehrswende“ treiben, betrachtet (oder die „Energiewende“), dienen sie keineswegs strikt der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Der Dieselmotor gilt als Hauptfeind, obwohl er weniger CO₂ emittiert als der Benziner. Hier geht es um die x-te Erhöhung der Luftreinheit. Und die Kernkraftwerke hat man wegen des Fukushima-Unglücks stillgelegt, während der CO₂-Gesichtspunkt dringend ihren Weiterbetrieb erfordern würde.

Im Namen des „Sozialen“ und im Namen der „Umwelt“ findet eine Verengung unseres Landes statt, ohne dass diese Verengung überhaupt als Ganzes in den Blick kommt. Und ohne dass darüber eine politische Entscheidung möglich ist. Die Verengung geschieht durch die Hintertür von einzelnen Verwaltungsakten, bei denen die Unternehmen und Haushalte dann allein sehen müssen, ob und wie sie damit leben können. Und dies „Friss-Vogel-oder-stirb“ trifft nicht nur die Privatbürger und Privatinstitutionen, sondern auch den Teil des Staates, der die Versorgungs-Infrastruktur und die öffentlichen Einrichtungen am Laufen halten muss. Die verheerenden Konsequenzen der wuchernden Einzelnormen-Erhöhungen für den Gesamtbetrieb und das Gesamtkapital des Landes bleiben unsichtbar. Eine politische Bilanzierung und Verantwortung findet gar nicht mehr statt. So kann sich die Normenspirale schier unaufhaltsam immer höher drehen.

Die Welt entwickelt sich anders

Und nun stelle man sich vor, dass ein solchermaßen hochgeschraubtes Land auf eine Weltsituation trifft, wo die „gehobenen“ Produkte und Fähigkeiten, die diesem Land geblieben sind und auf die es jetzt ganz einseitig setzt, immer weniger gefragt sind. Dann erweist sich der Ausweg eines immer umfangreicheren Außenhandels als Sackgasse. Der Titel des „Exportweltmeisters“ trägt. Das Land steht vor einem Engpass, der unweigerlich kommt.

Ist die Annahme, dass die deutsche Spezialisierung auf das „Gehobene“ in einer sich ändernden Welt immer weniger gefragt ist, plausibel? Man hört ja den Rat, dass wir doch „Erfindungs-Weltmeister“ werden sollten, und immer an der Weltspitze der Innovation marschieren sollten. Das ist mit Blick auf die Technik- und Wirtschaftsgeschichte ein naiver Rat. In der neuzeitlichen Geschichte hat noch nie jemand auf Dauer den Titel des Erfindungs-Weltmeisters besessen.

Und tatsächlich leben wir in einer Zeit, in der Schwellenländer als Produzenten in den Bereich gehobener Fähigkeiten vorstoßen. Die Konsequenz ist, dass die globale Arbeitsteilung in Zukunft weniger hierarchisch sein wird. Der Unterschied zwischen „gehobenen“ und „niederen“ Fähigkeiten wird sich nicht mehr in einer festen Länder- und Erdteilordnung abbilden. Die bisher weniger entwickelten Länder bewältigen höhere Aufgaben. Für die Nationen, die bisher auf dem gehobenen Niveau stark waren, bedeutet das, dass sie auch einfache Tätigkeiten, Produkte und Branchen in sich aufnehmen müssen. Und sie müssen das auch in ihren Normen abbilden. Diese Erweiterung ihrer inneren Spannweite tut ihrer Stabilität gut, und sie tut ihrer Würde keinen Abbruch. Die gegenwärtige Situation, wo man die „schmutzigen“ Tätigkeiten und Branchen auslagert und deren Produkte dann importiert, ist jedenfalls weder stabiler noch würdiger. Natürlich wird es Welthandel geben, Autarkie ist keine Alternative. Aber die Arbeitsteilung zwischen den Nationen wird in diesem Jahrhundert in der Tendenz weniger hierarchisch werden.

Das Lieferkettenproblem

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, sich mit dem „Lieferkettenproblem“ zu befassen, von dem gegenwärtig viel die Rede ist. Tatsache ist, dass die Zulieferungen von Rohstoffen und Vorprodukten für die Industrien in Europa und den USA ins Stocken geraten sind. Es gibt massive Preiserhöhungen und teilweise auch gar nichts zu importieren. Wie lange dieser Zustand dauern wird, ist unklar. In den Medien begnügt man sich mit der Formel, dass das irgendwie an „Corona“ liegt und bald wieder vorbei sei. Aber es gibt auch Hinweise darauf, dass hier eine tiefere Umorientierung der Handelsströme im Gange ist: beträchtliche Teile des Welthandels, die sich bisher ganz selbstverständlich auf Europa und die USA richteten, laufen nun an ihnen vorbei. Wie groß und dauerhaft diese Veränderung ist, ist unklar. Aber sie muss dringend beobachtet werden. Denn wenn sich dieser Trend bestätigt, hat das auch Konsequenzen für das Währungs- und Finanzsystem. Dann gibt es nicht nur eine dauerhaft hohe Inflation, sondern es gibt für die Euro und Dollar überhaupt weniger zu kaufen. Dann stecken wir in einem Engpass, in dem auch die Geldpumpe der EZB am Ende ihrer Möglichkeiten angelangt ist. Und wenn es dann noch zu militärischen Auseinandersetzungen kommt, stößt auch das einseitige Setzen auf „soft power“ an seine Grenzen.

Was wichtig wird

Dann wird sich zeigen, wie sehr die großen „Weltkrisen“ und „Weltrettungen“ im Grunde nur leichtsinnige Luftnummern waren, weil sie auf Lösungsmittel gebaut waren, die weder Deutschland noch irgendeiner anderen Nation dieser Welt zur Verfügung stehen. Aber richtig jubeln wird man über diese Ernüchterung nicht können. Denn dann steht Deutschland vor jenen zähen Defiziten und folgenreichen Verlusten, die von den globalen Luftnummern nur verdeckt waren. Dann muss man sich mit dem wirklichen Ernst der Lage befassen, und auch die Opposition in Deutschland wird feststellen, dass aus der Auseinandersetzung mit den Luftnummern noch nicht die Kräfte und Lösungen geschöpft werden konnten, um diesem Ernst der Lage gerecht zu werden. Das Land muss ja – politisch, wirtschaftlich, kulturell - zu jenen elementaren Fähigkeiten eines modernen Landes zurückfinden, die in den vergangenen Jahrzehnten Stück für Stück verloren gegangen sind. Diese Fähigkeiten müssen rehabilitiert werden. Vielleicht muss überhaupt die Eigenart der ganz normalen Moderne tiefer verstanden werden, als das in Deutschland bisher der Fall war. Und es geht dabei nicht nur um das Reden, sondern um das praktische Anfassen und Üben. Um die Rehabilitierung von Dingen, die in diesem Land über Jahrzehnte als zu hart, langweilig, herkömmlich und banal galten.

